



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/2 - 4.1.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Foreign Office und "Times"	S. 1
Die Vorgänge in Jugoslawien	S. 3
Nachrichten aus der Ostzone	S. 5

## Die "gute Nase" der Times

r. Das Foreign Office hat sich von dem vielbesprochenen Neujahrsartikel der "Times" distanziert, in dem deutlicher noch als in einem redaktionseigenen Beitrag des gleichen Blattes schon im November vorigen Jahres, vorgeschlagen wird, auf der Grundlage der Teilung Deutschlands einen Sicherheitspakt zwischen dem westlichen und östlichen Machtblock zu schaffen.

Das britische Außenamt ist von diesem Artikel abgerückt, u.a. mit dem recht naiven Gemeinplatz, die "Times" sei kein Sprachrohr der Regierung. Natürlich ist sie das nicht. Und sicherlich liegt darin ein wesentlicher Grund für ihre überragende politische Bedeutung. Die "Times" ist weit mehr, sie ist eine britische Institution seit ihrem Bestehen. Siegeniesest in ihrem Lande und in der Welt die denkbar grösste Autorität. Die "Times", so erklärte jetzt ein Sprecher des Foreign Office, bringt lediglich ihre eigene Meinung zum Ausdruck. Gewiss. Aber sie bildet sich diese Meinung, wie es jede ernste, verantwortlich arbeitende Zeitung tun sollte, in ständigem engen Wechselspiel mit der Stimmung und dem Urteil weiter Bevölkerungskreise - im Falle der "Times" sind es die einflussreichsten, die es in Grossbritannien gibt - und aufgrund zuverlässiger Informationen. Niemand in der Welt bezweifelt das.

Als diese Zeitung, wie kurz erwähnt, schon im November den gleichen Akkord anschlug, beklagte man sich damals vor allem auf amtlicher deutscher Seite darüber, dass die Opposition solchen Äusserungen

mehr Gewicht beimesse als amtlichen Erklärungen. Aber in der Wirklichkeit weiss man in Bonn selbst sehr genau, dass in den meisten Situationen nun einmal Regierungssprecher aufs äusserste und

engste an amtlich verkündete Thesen und Deklarationen gebunden sind, wenn sie wissen, dass diese Thesen in praxi fragwürdig oder überholt sind, aber noch nicht offiziellen Korrekturen unterworfen wurden.

Die "Times" hat immer wieder Beweise für den Scharfsinn ihrer Beobachtungen und die Sicherheit ihres politischen Urteils geliefert, wenn sie sich mit Voraussagung auch gelegentlich, aber doch nur gelegentlich, irrte und wenn sie auch gewiss nicht Wert darauf legen kann oder nur will, als deutschfreundlich zu gelten. In diesem Zusammenhang drängt sich eine Erinnerung auf: Zu einer Zeit, als noch die amtliche britische Politik nach aussen hin und offiziell auf der Linie der Leistungsverpflichtungen und Sicherheitsgarantien für die durch Hitler gefährdete Tschechoslowakei lag, überraschte die "Times" die Weltöffentlichkeit mit einem Artikel, der eine kaum verhüllte Kapitulationsankündigung war. Wenige Wochen danach wurden der tschechischen Regierung die englisch-französischen Vorschläge gemacht, die sich im Rahmen der Vermutungen der "Times" bewegten.

Das führende englische Blatt hat schon eine bemerkenswert "gute Nase" für politische Entwicklungen. Wenn es richtig ist, was damals erzählt wurde, so hat der Bundeskanzler selbst einmal, jetzt etwa vor einem Jahr, den Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses dringend die regelmäßige Lektüre der "Times" empfohlen, wenn sie sich wirklich zuverlässig über die Intentionen der britischen Politik unterrichten wollten und er hat damals auch, so hörte man, einen längeren Auszug aus einer interessanten Stellungnahme dieser Zeitung verlesen. Damals passte es ihm in den Kram, wie man so sagt, heute nicht.

Die Quintessenz? Es kann nicht genügen, sich allein auf Versicherungen zu verlassen, man wolle, so wie die Deutschen selbst, die Wiedervereinigung Deutschlands. Man muss mit allem Nachdruck auf eine praktische Politik, auf Massnahmen und Schritte drängen, die solche Beteuerungen glaubhafter machen, als sie es heute in den Augen unzähliger Menschen sind. Zur äussersten Misstrauen liegt bisher aller Anlass vor. Denn die Stimme der "Times" ist repräsentativ für eine ganze Reihe anderer gleichgerichteter, inoffizieller, aber schwergewichtiger amerikanischer und französischer Äusserungen.

Zum zweiten Male: Fall Djilas

Der Verfasser des nachstehenden Artikels ist mit jugoslawischen Verhältnissen gut vertraut. Djilas und Dedijer sind ihm persönlich bekannt.

G.S. Vor bald einem Jahr, im Januar 1954, war zum ersten Mal von einem Fall Djilas die Rede. Damals musste sich der gewesene Vizepräsident der jugoslawischen Volksrepublik und eben gewählte Parlamentspräsident Milovan Djilas vor dem Zentralkomitee des "Bundes der Kommunisten" wegen einer Reihe von Aufsätzen verantworten, die er in der "Borba", dem kommunistischen Zentralorgan, und in einer führenden kommunistischen Zeitschrift über Misstände im öffentlichen Leben und in der Parteibürokratie geschrieben hatte, anfangs offenbar mit stillschweigender Billigung Titos und der anderen führenden Politiker des Landes.

Aber dann erhob das Zentralkomitee den Vorwurf gegen Djilas, er sei zu weit gegangen, er habe die Grundlagen der politischen Ordnung des Landes und des jugoslawischen Sozialismus in Frage gestellt und, ohne sich mit dem Zentralkomitee, dessen Mitglied er war, zu beraten, öffentlich für die Auflösung des "Bundes der Kommunisten" plädiert. Nach einer sehr langen Debatte im Zentralkomitee, die vom Belgrader Rundfunk und den jugoslawischen Zeitungen sehr ausführlich wiedergegeben wurde, und bei der nur Vladimir Dedijer, der im Ausland durch seine Tito-Biographie bekannt ist, für Djilas eintrat, wurde Djilas der Mitgliedschaft im Zentralkomitee für verlustig erklärt. Er mußte sein Amt als Parlamentspräsident aufgeben und sein Wahlkreis in Montenegro erkannte ihm auch sein Abgeordnetenmandat ab.

§ 118 des jugoslawischen Strafgesetzbuches

Jetzt ist Djilas, der seither unangefochten und ohne Not in Belgrad gelebt und Besucher empfangen hatte, unter Anklage gestellt worden, und auch seinem Freund Dedijer, der bisher noch Abgeordneter war, soll ein Prozess gemacht werden. Die Angelegenheit hat vor allem im Ausland Aufsehen erregt. Denn der Anklage gegen Dedijer und Djilas sind Interviews vorausgegangen, die sie ausländischen Journalisten gegeben hatten: Dedijer einem Vertreter der Londoner "Times" und Djilas einem Korrespondenten der "New York Times". Dass es ausländische und nichtsozialistische Blätter waren, denen Dedijer seinen Unmut über mangelnde Meinungsfreiheit in Jugoslawien und Djilas seinen Wunsch, dass eine oppositionelle Partei in Jugoslawien entstehen müge, anvertrauten, hat sie in den Geruch ausländischer Agententätigkeit gebracht, und als erschwerendes Moment wird gegen sie geltend gemacht, dass sie ihre Interviews zu einem Zeitpunkt gaben, als Tito sich auf seiner Reise nach Indien befand, die gewissen Kreisen in Amerika und England so wenig in ihr außenpolitisches Konzept passte, dass sie gern nach einer Gelegenheit griffen, das jugoslawische Regime in der öffentlichen Meinung ihrer Länder - gestützt auf Aussagen ehemaliger engster Mitarbeiter Titos - karabsetzen zu können.

Der Paragraph 118 des jugoslawischen Strafgesetzbuchs, nach dem Djilas und Dedijer angeklagt worden sind, sieht eine Zuchthausstrafe

für den vor, der "in der Absicht, die Macht des werktätigen Volkes, die Verteidigungskraft des Landes oder die wirtschaftliche Grundlage des sozialistischen Aufbaus zu stürzen oder die Brüderlichkeit und Einheit der Völker der jugoslawischen Volkarepublik zu zerschlagen, durch Zeichnungen, Schriften oder Reden auf Versammlungen oder in anderer Art Propaganda gegen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung oder gegen politische, wirtschaftliche, militärische oder sonstige wichtige Massnahmen der Volksmacht treibt."

Doch im Grunde haben Dedijer und besonders Djilas in ihren Interviews nichts gesagt, was nicht schon vor einem Jahr, als man zum ersten Male vom Fall Djilas sprach, ohne mit Zuchthaus zu drohen, Gegenstand der Diskussion war. Die Anschauung, die Djilas schon damals vertreten hatte, stützte sich auf den Glauben, dass in Jugoslawien zehn Jahre nach seiner Befreiung, der Etablierung der Volksrepublik und der Sozialisierung aller industriellen Produktionsmittel, die Grundlage der neuen Ordnung so fest verankert sei, dass die Zeit für volle Freiheit auf allen Gebieten reif sei, dass eine Staatspartei (wie sie der "Bund der Kommunisten" noch immer ist) als überflüssig betrachtet werden könne und ein Mehrparteiensystem nach westlichen Muster eingeführt werden könne. Im Gegensatz dazu hatte das kommunistische Zentralkomitee die (durch den jetzigen Vizepräsidenten Kardelj eingehend begründete) Auffassung vertreten, dass der - nach dem Bruch mit Stalin 1948 beschrittene - Weg der Demokratisierung Jugoslawiens über die Selbstverwaltung in den Gemeinden und den Betrieben führen müsse, dass die sozialistische Ordnung in weiten Kreisen des grossenteils noch rückständigen Landes noch keineswegs voll begriffen werde, und dass die Einheit der in der Vergangenheit von fremden Mächten politisch, kulturell und religiös entzweiten Völker Jugoslawiens noch nicht gefestigt genug sei, um sie durch ein Parteiwesen nach westlichen Muster (das für Jugoslawien überhaupt fragwürdig sei) aufs Spiel setzen zu können. Eine Oppositionspartei, für die es gar kein echtes Bedürfnis gebe, würde nur den äusseren Feinden des Landes und den durch die Revolution entmachteten früheren Kapitalisten und Reaktionen dienen.

#### Noch nicht reif für perfekte Demokratie

Welche der beiden Ansichten die richtigere ist, kann am wenigsten vom Ausland her entschieden werden. Es sollte Gegenstand ernsthafter Diskussion in Jugoslawien selbst sein, und es ist zu bedauern, dass die jetzt gegen Djilas und Dedijer eingeleitete Massnahmen diese Diskussion ebensowenig fördern werden wie die Aufbauschung der Affäre in westlichen Zeitungen. Wer die Lage und die Entwicklung in Jugoslawien in den letzten Jahren beobachtet hat, wird Verständnis für die Auffassung haben, dass die Zeit für die von Djilas ungeduldig herbeigewünschte perfekte Demokratie noch nicht reif ist. Zehn Jahre seit der Revolution, von denen die ersten vier im Schatten der Vormundschaft des Kreml und die nächsten vier im Schatten der durch den Bruch mit Moskau entstandenen Krise standen, haben kaum genügt, die schwere Erbschaft der Vergangenheit zu liquidieren und die Einheit des Landes unantastbar zu machen, und die beachtlichen Fortschritte auf dem Wege der Demokratisierung, die Selbstverwaltung in Gemeinden und Betrieben, das neue Wahlgesetz, das auch "unabhängigen" Kandidaten eine Chance gibt, die Auflösung der bäuerlichen Zwangskollektive

und die Belebung des Wettbewerbs in einer sozialisierten und geplanten Wirtschaft, befinden sich noch so sehr im Stadium der Erprobung, dass auch hier ein ungeduldiges Weiterdrängen sich nicht zu empfehlen scheint.

Die Frage aber, von der jetzt für die Beurteilung der politischen Verhältnisse Jugoslawiens in der Welt sehr viel abhängen wird, ist die, ob man Djilas und Dedijer, weil man ihre Anschauungen nicht ohne Grund für irrig hält, deshalb zu Verbrechern und Feinden des Staats erklären muss. Das sähe tatsächlich wie ein Rückfall in stalinistische Methoden aus, von dem Djilas in seinem Interview mit der "New York Times" recht voreilig gesprochen hat. Dass er dieses Interview - und Dedijer vorher das seine mit der "Times" - einer ausländischen Zeitung gegeben hat, mag er damit erklären, dass er es einer jugoslawischen Zeitung nicht hätte geben können. Dass er es einer nicht-sozialistischen und dem Tito-Regime sehr unfreundlicher Zeitung gab, ist schwerer zu rechtfertigen. Noch böswilliger könnte es erscheinen, dass er das Interview während der Reise Titos nach Indien gegeben hat.

Aber hierzu ist zu bemerken, dass es die Kontrollkommission des Zentralkomitees des "Bundes der Kommunisten" war, die nach Titos Abreise Vladimir Dedijer auf den 15. Dezember vorgeladen hatte, um ihn über sein Verhältnis zu Djilas und dessen Anschauungen zu befragen, und dass erst dieser Vorladung (bei der Dedijer die Zuständigkeit der Kontrollkommission bestritt), das "Times" - Interview und dann am 24. Dezember das Interview folgte, das Djilas dem Korrespondenten der "New York Times" gab. Es ist also so, dass für die neue Aufrollung der ganzen Angelegenheit gerade während der Abwesenheit Titos in erster Linie die Kontrollkommission verantwortlich zu sein scheint.

\* \* \*

#### Nachrichten aus der Sowjetzone

##### Sowjetberater in Sowjetzonenministerium

Nach Informationen aus der Sowjetzonenregierung hat jedes Ministerium der Sowjetzonenregierung einen sogenannten "Berater" aus dem Stab der sowjetischen Botschaft in Ostberlin erhalten. Ihnen stehen bis zu zwei persönliche Referenten zur Verfügung. Dieses sowjetische Vorgehen hat in Kreisen der Angestellten der Ministerien unsehr Aufsehen erregt, als in der SED-Schulung der Parteigruppen fortgesetzt die angeblich wieder erlangte Souveränität der DDR hervorgehoben wird.

### Auch Weihnachten Versorgungsschwierigkeiten

Die in der Weihnachtszeit wieder offensichtlich gewordenen Versorgungsschwierigkeiten haben in der Bevölkerung und vor allem der Arbeiterschaft Unruhe ausgelöst. Damit ist der Versuch der SED gescheitert, durch eine bessere Versorgung in der Weihnachtszeit auf Kosten von Einsparungen in den vorherigen Monaten die sogenannten Erfolge des Neuen Kurses zu propagieren. In einigen Großbetrieben, wie dem Stahlwerk Hennigsdorf, hat die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der SED, die hier das Versprechen zu einer bevorzugten Belieferung nicht einhalten konnte, dazu geführt, dass die Betriebsgewerkschaftsleitung und die SED-Betriebsgruppen den rebellierenden Arbeitern mit einer Verschiebung nach Aue drohten. Die Versorgungsschwierigkeiten haben ausserdem dazu geführt, dass ein großer Teil der Kontingente für die Versorgung mit Lebensmitteln und Textilien z.B. für die Krankenanstalten der Zone verfallen sind.

### Wismut erhöht Normen

Im Januar 1955 werden für den Bereich der sowjetischen Wismut-AG neue Betriebsvereinbarungen in Kraft treten, denen ein neuer Normenkatalog zu Grunde liegt. Auf diese Weise sollen die Normensteigerungen durchgesetzt werden, denen die Belegschaften bisher nicht zugestimmt haben. In einer Betriebsversammlung erklärte der Kreisvorsitzende der Industriegewerkschaft Wismut, *W i e r s e h*, dass das Ziel der neuen Regelung eine Steigerung der Planerfüllung auf 180 % sei. Gleichzeitig rügte er, dass die geplante Lohnsumme um 1,8 % überzogen worden sei. Um die notwendigen Einsparungen zu erreichen, forderte er ausserdem die Arbeiter auf, sich zu sog. "Sparverträgen" zu verpflichten. Durch diese Sparverträge sollen die Produktionskosten auf Kosten der Arbeiter gesenkt werden.

### Todesopfer bei Panzerübungen

Bei sowjetischen Panzerübungen im Kreis Bernau wurden drei Frauen durch sowjetische Panzer getötet. Die Frauen wurden durch rücksichtslos durch die Strassen rasende Panzer überfahren.

Verantwortlich: Peter Haukau